

EU-2020: Wohin geht die Reise?

Einleitung	180
Woran ist die Lissabon-Strategie gescheitert?	181
Post-Lissabon-Strategie: Ideen der österreichischen Sozialpartner	182
Neustart mit EU 2020	184
Europäischer Rat beschließt Grundzüge der neuen Strategie	187
AK-Bewertung: EU 2020 auf Schiene, aber noch eher ein Nebengleis	188

Norbert Templ

*Mitarbeiter der
Abteilung EU und
Internationales
der Kammer für
Arbeiter und Ange-
stellte für Wien*

Auszug aus WISO 2/2010

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@akooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Einleitung

*Lissabon-
Strategie 2000*

Vor zehn Jahren – im März 2000 – hat der Europäische Rat in Lissabon ein ehrgeiziges Ziel definiert: Bis 2010 soll die Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden, einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erreichen“. Um die Fortschritte messen zu können, wurden etliche quantifizierbare Ziele für 2010 festgeschrieben: 70% Gesamtbeschäftigungsquote, 60% Beschäftigungsquote bei Frauen, 50% Beschäftigungsquote älterer ArbeitnehmerInnen, 3% des BIP für Forschung & Entwicklung, Kinderbetreuungsplätze für 90% der Dreijährigen bis Schulpflichtigen und vieles mehr. Zehn Jahre später ist die Bilanz ernüchternd und der Ausblick düster. Alle die im Rahmen der Lissabon-Strategie propagierten und zum Teil umgesetzten Strukturreformen haben nicht verhindert, dass Europa in Folge der Finanzkrise im Jahre 2009 in eine Rezession geschlittert ist. Mit dramatischen Konsequenzen: Die Industrieproduktion ist auf das Niveau der 90er Jahre zurückgefallen, die Zahl der Arbeitslosen auf über 24 Mio gestiegen. Zwei Krisenjahre haben gereicht, um zwanzig Jahre Haushaltskonsolidierung zunichte zu machen. Die Kommission deutet zwar in ihrer Frühjahrsprognose vom Mai 2010 eine allmähliche Erholung der EU-Wirtschaft an. Die Prognose ist aber mehr als ungewiss – angesichts der jüngsten Entwicklungen um Griechenland, die Spekulationen gegen den Euro und den massiven Druck zur Konsolidierung der Haushalte.

Tabelle: BIP zu konstanten Preisen (jährliche prozentuelle Veränderung)

	2002-06	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eurozone	1.7	1.7	3.0	2.8	0.6	- 4.1	0.9	1.5
EU	2.0	2.0	3.2	2.9	0.7	- 4.2	1.0	1.7
D	1.0	0.8	3.2	2.5	1.3	- 5.0	1.2	1.6
F	1.7	1.9	2.2	2.3	0.4	- 2.2	1.3	1.5
I	0.9	0.7	2.0	1.5	- 1.3	- 5.0	0.8	1.4
AT	2.2	2.5	3.5	3.5	2.0	- 3.6	1.3	1.6

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010

Woran ist die Lissabon-Strategie gescheitert?

Die obige Tabelle zeigt deutlich, dass die EU schon vor Ausbruch der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit den 30iger Jahren nicht auf einem Wachstumskurs im Sinne der Lissabon-Strategie war. Voraussetzung für die Erreichung der Lissabon-Ziele war – und das wurde vom Europäischen Rat mehrmals bestätigt – eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 3 %, die im EU-Durchschnitt nur 2006 und 2007 erzielt wurde. Dementsprechend stieg die Gesamtbeschäftigungsquote von 62,5 % im Jahr 2000 auf nur 65,9% im Jahr 2008 und war damit weit vom Lissabon-Ziel von 70% entfernt. Mit der Rezession ist dann das Zieldatum völlig illusorisch geworden. Die Kommission schreibt selbst in ihrem Beschäftigungsbericht vom November 2009, dass die Arbeitslosenquote bis 2010 auf über 10% ansteigen werde und damit die Zuwächse der letzten Jahre wieder zunichte gemacht würden.

auch vor Ausbruch der Krise war EU nicht auf Wachstumskurs

Im Grunde bestätigt diese Entwicklung unsere grundsätzliche Kritik an der Lissabon-Strategie, die von ihren Zielsetzungen her durchaus auch aus Arbeitnehmersicht begrüßt wurde. Vor allem die Schlussfolgerung des Europäischen Rates von Barcelona im März 2002, wonach „Vollbeschäftigung in der Europäischen Union das Kernstück der Lissabon-Strategie und das Hauptziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sei, kann aus unserer Sicht nur unterstrichen werden. Gescheitert ist die Strategie, weil sie in einen falschen makroökonomischen Policy-Mix eingebettet war, den Wifo-Experte Markus Marterbauer als „Brüssel-Konsens der EU-Wirtschaftspolitik“ bezeichnet¹. Die Europäische Zentralbank bestimmt autonom das Zinsniveau, ihr prioritäres Ziel ist die Sicherstellung der Preisstabilität im Euro-Raum und nicht Wachstum und Beschäftigung. Wie eine Nachricht aus einer anderen Welt mutet heute die Warnung der EZB vom Februar 2007 (!) vor einer Überhitzung der Konjunktur in der Euro-Zone an, falls die Wirtschaft weiter so kräftig wächst wie bisher². 2006 war das BIP im Währungsraum um 2,9% gestiegen. EZB-Vizepräsident Lucas Papademos machte in einem Interview indirekt deutlich, dass die EZB die Konjunktur schon bald mit Zinsanhebungen dämpfen könnte, weil sie befürchtete, dass es durch das kräftige Wachstum zu Engpässen am Arbeitsmarkt kommen könnte und dadurch über höhere Lohnforderungen der Inflationsdruck steigen würde. Wörtlich meinte Papademos: „Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei 7,5% – das ist ein Niveau, das

gescheitert, weil in falschen makroökonomischen Policy-Mix

nach verschiedenen Schätzungen längerfristig mit inflationsfreiem Wachstum zu vereinbaren ist.“ Die Weisheit, dass eine Arbeitslosigkeit von unter 7,5% eine Gefahr für die Preisstabilität sein soll, erschließt sich nicht jedem!

Gleichzeitig ist die Fiskalpolitik in der Euro-Zone durch die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP), der die Mitgliedstaaten zu ausgeglichenen Budgets verpflichtet, gelähmt. Um es auf den Punkt zu bringen: Die EZB bremst die Investitionstätigkeit der Unternehmen in die Realwirtschaft, der SWP bremst die Investitionstätigkeit der Staaten. Beides zusammen dämpft die Binnen- nachfrage, deren Schwäche seit Jahren von allen Seiten beklagt wird. Marterbauer kommt daher mit Recht zum Schluss: „Das Konzept des Brüssel-Konsenses ist gescheitert: Die wirtschaftliche Entwicklung der EU bleibt schwach, die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen wächst, und die Budgetdefizite sind nicht gesunken.“

Post-Lissabon-Strategie: Ideen der österreichischen Sozialpartner

Bereits im März 2008 hat der Europäische Rat die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, erste Überlegungen zur Zukunft der Lissabon-Strategie anzustellen. Wahrscheinlich europaweit als Erste haben die österreichischen Sozialpartner im April 2009 ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt. Das Papier analysiert die Herausforderungen für den Post-Lissabon-Zeitraum (Globalisierung, demographischer Wandel, Energieknappheit und Klimawandel) und legt eine Liste durchaus anspruchsvoller Vorschläge vor³:

neue strategische Zielsetzung

Neue strategische Zielsetzung: Die ursprüngliche Zielsetzung, „die Union zum wettbewerbsfähigsten dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen ...“, zielt auf ein Wettlauf der Wirtschaftsräume und sollte durch eine positive Formulierung ersetzt werden. Daher schlagen die Sozialpartner folgende Formulierung vor: „Ziel ist es, Europa zu einem dynamischen wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen, der hohe Wettbewerbsfähigkeit mit Vollbeschäftigung, sozialer Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung vereinbart.“

Neue und ambitioniertere Ziele: Die einzelnen Zielvorgaben der Lissabon-Strategie sollten weiterhin gelten und so rasch wie möglich – spätestens jedoch 2015 – erreicht werden. Für den Zeitraum 2015 bis 2020 sollten dann ambitioniertere Ziele gelten. Auch neue Ziele, vor allem im Bereich der Armutsbekämpfung, sollten beschlossen werden.

Stärkung des Wachstumsfokus in der EU-Politik: Die Sozialpartner fordern eine Neuausrichtung der makroökonomischen Politik, ohne die auch die Post-Lissabon-Strategie keinen Erfolg haben wird. Der mangelhafte Wachstumsfokus der EU-Politik im Vergleich zum Stabilitätsfokus muss überwunden werden, um die Binnennachfrage nachhaltig zu stärken. Die Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts dürfen kein Hindernis dabei sein, wenn es darum geht, durch öffentliche Zukunftsinvestitionen das Potential für zukünftiges Wachstum zu schaffen. Gleichzeitig fordern die Sozialpartner eine bessere Abstimmung zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik, um die Wachstumspotentiale in der EU zu stärken und wachsende Ungleichheiten in Europa abzubauen. Die EZB sollte sich an einem Stabilitätsziel orientieren, das auch die realwirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt.

Binnennachfrage

Reform des EU-Haushalts: Die Sozialpartner fordern eine tiefgreifende Reform des EU-Haushalts im Sinne einer Änderung der Gewichtung der Ausgaben in Richtung Forschung, Umwelt, Klima, Technologie, Infrastruktur, aktive Arbeitsmarktpolitik, Armutsbekämpfung und Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen. Der Europäische Sozialfonds soll aufgewertet werden und nicht nur wirtschaftlich schwächere Regionen unterstützen, sondern alle Regionen mit Problemen am Arbeitsmarkt. Auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten für den EU-Haushalt sollten geprüft werden, u. a. eine Finanztransaktionssteuer. Diese könnte künftig einen Großteil des EU-Haushaltsaufkommens abdecken und zugleich risikoreiche Spekulationsgeschäfte eindämmen.

*Reform des
EU-Haushalts*

Binnenmarkt als Motor für Wachstum, Beschäftigung und Lebensqualität: Das Projekt Binnenmarkt ist noch nicht vollendet, bei der Weiterentwicklung ist jedoch darauf zu achten, dass die Interessen der ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und UnternehmerInnen in Einklang gebracht werden. Wichtig ist ein fairer Wettbewerb im Binnenmarkt. So darf die Anwendung der Entsenderichtlinie nicht

dazu führen, dass nationale Arbeits- und Sozialrechte umgangen werden. Erneut bekräftigen die Sozialpartner, dass Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Daseinsvorsorge) für den sozialen und territorialen Zusammenhalt enorm wichtig sind und diese erschwinglich und für alle zugänglich sein müssen.

*soziale
Dimension*

Stärkere Betonung der sozialen Dimension: Vollbeschäftigung und Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze müssen auch im Post-Lissabon-Zeitraum zu den wichtigsten Anliegen zählen. Die Strategie muss noch stärker als bisher auf Armutsbekämpfung, Geschlechtergleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtet sein.

Green New Deal: Angesichts der Tatsache, dass der Post-Lissabon-Zeitraum stark von Energieknappheit und Klimawandel geprägt sein wird, muss Europa den Ehrgeiz haben, zum energie- und ressourceneffizientesten Wirtschaftsraum zu werden. Die Sozialpartner fordern einen „European Green New Deal“, in dessen Rahmen zusätzliche Arbeitsplätze (green jobs) geschaffen, Innovationen gefördert, Kosten eingespart (z. B. durch geringere Ölimporte) und ohne Verzicht auf Wohlstand und Lebensqualität der Energie- und Ressourcenaufwand pro Produktionseinheit verringert werden.

Neustart mit EU-2020

Auf europäischer Ebene hat erst mit dem am 24. November 2009 vorgelegten Konsultationsdokument der Kommission zur künftigen EU-Strategie bis 2020 die Diskussion an Breite gewonnen⁴. An dem auf drei Monate angelegten Konsultationsverfahren haben sich neben den EU-Mitgliedstaaten zahlreiche Institutionen und Privatpersonen beteiligt. Auch zahlreiche Arbeitnehmerorganisationen (u. a. BAK, ÖGB, DGB etc.) haben ihre Vorschläge eingebracht. Die Kommission definiert in ihrem Dokument drei Prioritäten zum Erreichen der EU-Ziele für 2020, schlägt aber noch keine konkreten Ziele vor: Wertschöpfung durch wissensbasiertes Wachstum, Befähigung zur aktiven Teilhabe an integrativen Gesellschaften und Schaffung einer wettbewerbsfähigen, vernetzten und ökologischeren Wirtschaft. Zu begrüßen ist die neue strategische Zielsetzung, die sich von der früheren beschönigenden Kampfrethorik löst (stärkster Wirtschaftsraum der Welt!) und im Grunde dem von den österreichischen Sozialpartnern gemeinsam vorgeschlagenen

neuen Ziel entspricht. Demnach soll die neue Strategie, „Europa zu einem führenden, wettbewerbsfähigen, florierenden und vernetzten Wirtschaftsraum machen, der sich umweltfreundlicher und integrativer als bisher präsentiert, schnelles und nachhaltiges Wachstum aufweist und für ein hohes Maß an Beschäftigung sowie für sozialen Fortschritt steht“. Dies ist durchaus ein Fortschritt. Was fehlt, ist das Bekenntnis zu Vollbeschäftigung und der Hinweis auf die Notwendigkeit quantitativer Ziele, die die neue strategische Zielsetzung untermauern. Die soziale Dimension ist im Dokument auffallend unterbelichtet, die Kommission bleibt gerade in diesem Bereich konkrete Vorschläge schuldig (obwohl die EU 2010 zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausgerufen hat!). Mehrmals spricht sie von der Notwendigkeit „neuer Wachstumsquellen“, die sie u. a. in einer effizienteren Nutzung der Ressourcen, im internationalen Handel und in einer aktiven Industriepolitik ortet, nicht jedoch in einer Neuausrichtung der makroökonomischen Politik.

*soziale
Dimension
unterbelichtet*

Erst in ihrer am 3. März 2010 vorgelegten Mitteilung „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“⁶⁵ wird die Kommission konkreter und skizziert eine Vision der europäischen sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Die EU-2020-Strategie soll demnach auf drei Prioritäten basieren, die sich wechselseitig verstärken:

*EU-2020-
Strategie:
– drei Prioritäten*

- Intelligentes Wachstum: Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft;
- Nachhaltiges Wachstum: Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft;
- Integratives Wachstum: Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt.

Dazu schlägt die Kommission fünf EU-Kernziele für 2020 vor:

– fünf Kernziele

- 75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollten beschäftigt sein, u. a. durch vermehrte Einbeziehung der Frauen, ältere ArbeitnehmerInnen sowie bessere Eingliederung von MigrantInnen in die Erwerbsbevölkerung;
- 3 % des BIP der EU sollten für F&E aufgewendet werden, hier wird die alte Zielsetzung einfach wiederholt;
- Die 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziele sollten erreicht werden,
- Der Anteil der SchulabbrecherInnen sollte auf unter 10 % abge-

senkt werden, und mindestens 40 % der jüngeren Generation sollten einen Hochschulabschluss haben;

- Die Zahl der EuropäerInnen, die unter den nationalen Armutsgrenzen leben, sollte um 25% gesenkt werden, also absolut um 20 Millionen sinken.

– *sieben
Leitinitiativen*

Laut Kommission handelt es dabei um Ziele, die miteinander verknüpft und für alle Mitgliedstaaten relevant sind. Die einzelnen Beiträge der Mitgliedstaaten zu jedem der Gesamtziele (entsprechend der jeweiligen individuellen Ausgangslage) sollen dann im Juni 2010 beschlossen werden. Um innerhalb der einzelnen Prioritäten Fortschritte herbeizuführen, plant die Kommission sieben Leitinitiativen, die für die EU und die Mitgliedstaaten bindend sein sollen:

- „Innovationsunion“, um die Rahmenbedingungen und den Zugang zu Finanzmitteln für Forschung und Innovation zu verbessern;
- „Jugend in Bewegung“, um die Bildungssysteme leistungsfähiger zu machen und den Jugendlichen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern;
- „Digitale Agenda für Europa“, um den Ausbau schneller Internet-Zugangsdienste zu beschleunigen;
- „Ressourcenschonendes Europa“, um das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abzukoppeln, den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft zu unterstützen, die Nutzung erneuerbarer Energieträger und die Energieeffizienz zu fördern sowie das Verkehrswesen zu modernisieren;
- „Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere für KMU, zu verbessern und eine international wettbewerbsfähige starke und tragfähige Industriestruktur zu fördern;
- „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“, um die Arbeitsmärkte zu modernisieren, den Menschen durch den lebenslangen Erwerb von Qualifikationen neue Möglichkeiten zu eröffnen und so die Erwerbsquote zu erhöhen und Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt u.a. durch Arbeitsmobilität besser aufeinander abzustimmen;
- „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“, um den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu gewährleisten.

Die Kommission will ihre wichtigsten politischen Kompetenzen und Instrumente wie den Binnenmarkt, die Haushaltspolitik (u. a. Strukturfonds) und die Handelspolitik auf die Verwirklichung der

Ziele der EU-2020-Strategie ausrichten und listet den aus ihrer Sicht notwendigen Handlungsbedarf in diesen Bereichen umfassend auf.

Die politische Architektur lehnt sich eng an die alte Lissabon-Strategie an, wobei die Rolle des Europäischen Rates nochmals gestärkt wird, indem er zukünftig für die Steuerung der Strategie verantwortlich sein soll. Auf EU-Ebene sollen wie gehabt integrierte Leitlinien (wirtschafts- und beschäftigungspolitisch) beschlossen werden, auf deren Basis die Mitgliedstaaten nationale Reformprogramme erarbeiten. Im Unterschied zu früher wird die Zahl der Leitlinien geringer ausfallen (10 statt bisher 24) und sie sollen auch bis 2014 weitgehend unverändert gelten. Neu ist, dass die Reformprogramme der Mitgliedstaaten im Rahmen der Europa 2020-Strategie sowie die Stabilitäts-/Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes künftig gleichzeitig vorgelegt werden sollen. Wie gehabt sollen auch das Europäische Parlament und die Sozialpartner in die Verwirklichung der Strategie einbezogen werden.

Stärkung des Europäischen Rates

Die Mitteilung enthält abschließend einen Katalog von Maßnahmen zur Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise, u. a. die Festlegung einer glaubwürdigen Exit-Strategie, die Reform des Finanzsystems, eine intelligente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit dem Ziel langfristigen Wachstums sowie die Verstärkung der Koordinierung innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion. Der fiskalpolitische Konsolidierungskurs sollte 2011 einsetzen und die Haushaltsdefizite in der Regel bis 2013 wieder unter die 3%-Grenze geführt werden. Die Konsolidierung muss dabei mit weitreichenden Strukturreformen insbesondere auf den Gebieten der Altersversorgung, des Gesundheitswesens, des sozialen Schutzes und der Bildungssysteme einhergehen, womit die Kommission einmal mehr festschreibt, dass auch die EU-2020-Strategie einen starken Fokus auf Strukturreformen enthält.

Maßnahmen-vorschläge zur Überwindung der aktuellen Krise

Europäischer Rat beschließt Grundzüge der neuen Strategie

In Anlehnung an die Kommissionsmitteilung hat sich der Europäische Rat im März 2010 auf die Grundzüge der neuen Strategie für Wachstum und Beschäftigung (EU 2020) geeinigt, die im Juni förmlich angenommen wurde. Als Schwerpunkte der Strategie legt er fest: Wissen und Innovation, stärkere Ausrichtung der Wirtschaft auf Nachhaltigkeit, hohes Beschäftigungsniveau und soziale

Eingliederung. Angenommen sind auch die von der Kommission vorgeschlagenen sieben Leitinitiativen der Strategie und fünf Kernziele, wobei beim Bildungs- und Armutsziel erst im Juni eine Konkretisierung im Sinne des KOM-Vorschlags erfolgte.

AK-Bewertung: EU-2020 auf Schiene, aber noch eher ein Nebengleis

Kernziele unterstützenswert, aber ...

Angesichts der Dimension der Herausforderungen (Finanz- und Wirtschaftskrise, hohe Arbeitslosigkeit, weitgehendes Scheitern der bisherigen Lissabon-Strategie) bleibt die EU-2020-Strategie hinter den Erwartungen zurück. Die Kernziele sind an sich unterstützenswert, aber insgesamt bedeutet die Festlegung auf nur fünf EU-Kernziele eine merkliche Schwächung des europäischen Ansatzes. Es fehlen konkrete Ziele im Bereich der Jugendbeschäftigung, der Gleichstellung von Männern und Frauen, der Altersbeschäftigung etc. Die Gesamtbeschäftigungsquote von 75% bis 2020 müsste daher dringend differenziert werden. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit entwickelt sich in einem besorgniserregenden Ausmaß. Im Jänner 2010 lag die Arbeitslosenquote der Unter-25-Jährigen laut Eurostat bei 20,2 % in der Euro-Zone und 20,9% in der EU-27. Das heißt: Jeder fünfte junge Mensch ist arbeitslos. Es ist eine Tragödie, wenn so viele junge Menschen keine Chance auf Selbstverwirklichung im Job haben. Wenn sie sich in Stich gelassen fühlen. Wenn sie den Glauben in die Politik verlieren, die sich wichtige Ziele setzt, aber diese nur halbherzig verfolgt. Außerdem ist es volkswirtschaftlich nicht hinnehmbar, dass junge Menschen in der EU ohne Berufsausbildung bleiben oder beim Einstieg in den Arbeitsmarkt scheitern. Allein die demographische Entwicklung verlangt nach hoch produktiven ArbeitnehmerInnen – und das geht nur mit guter Berufsausbildung und gelungenem Einstieg ins Erwerbsleben.

In der Literatur gibt es bereits den Begriff NEETs (Not in Education, Employment or Training). Gemeint sind Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren, die weder in einem Job sind noch eine Ausbildung absolvieren. Die Kommission schätzt im Beschäftigungsbericht 2009, dass in der EU 13 % der Jugendlichen zu den NEETs zählen. Ebenso wichtig sind konkrete gleichstellungspolitische Zielsetzungen, die in der EU-2020-Strategie nur allgemein angesprochen werden. Die neue Strategie muss auch einen Fokus auf Erhöhung der Beschäftigung der Frauen, auf geschlechtsspezifische Einkom-

mensgerechtigkeit, auf bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf mehr Frauen in Führungspositionen haben und das sollte sich auch in konkreten Zielen niederschlagen. Eine höhere Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt mit fairen Löhnen und flankiert mit qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen ist auch eine wesentliche Antwort auf die demographische Herausforderung und trägt wesentlich zur nachhaltigen Finanzierung der Sozialsysteme bei. Ebenso mangelt es an konkreten Aussagen zur Qualität der Arbeit, zumal ein Großteil des Beschäftigungszuwachses vor 2008 auf atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse zurückzuführen war. Auch die Verteilungsgerechtigkeit kommt nicht vor. Aus unserer Sicht geht es dabei um das Recht von ArbeitnehmerInnen auf eine faire Entlohnung bzw. Beteiligung am wirtschaftlichen Wohlstand. Zudem muss die ungleiche Verteilung von Vermögen thematisiert werden, da dies nicht zuletzt ein wesentlicher struktureller Faktor war, der zur Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat.

Darüber hinaus vermischen wir jede Aussage zur Gestaltung der Arbeitszeit, etwa Zurückdrängung exzessiver Überstundenarbeit als Instrument zur besseren Verteilung des Arbeitsvolumens sowie zur Notwendigkeit einer generellen Arbeitszeitverkürzung. Gerade die Krise hat gezeigt, dass die Verkürzung der Arbeitszeiten einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern bzw. abdämpfen kann. Für eine europäisch koordinierte Politik der Arbeitszeitverkürzung sprechen zwei Argumente: Erstens wird es noch lange dauern, bis das Vorkrisen-Wirtschaftsniveau wieder erreicht ist. Zweitens wird der technische Fortschritt auch in dieser Zeit weiter voranschreiten. Vor der Wahl stehend, entweder weniger Beschäftigte oder weniger Arbeitsstunden je Beschäftigtem/Beschäftigter sollte Europa die letztere Option bevorzugen.

*Aussagen zur
Arbeitszeit fehlen*

Die Achillesferse der neuen Strategie ist sicherlich, dass es bei den Zielen keine Lastenteilung geben wird. Vorgesehen ist lediglich, dass die Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der Kernziele ihre nationalen Ziele festlegen. Zu erwarten ist daher, dass Mitgliedstaaten, die nahezu oder bereits über bestimmten Zielen liegen, sich kaum weiter anstrengen werden. Jene, die weit darunter liegen, werden wenig Ehrgeiz aufbringen, weil die Kluft zu groß ist. Wenn die Summe der vereinbarten nationalen Ziele das EU-Ziel verfehlt, soll es laut Vorstellung der Kommission nur Gespräche geben, wie die Differenz mit nationalen und EU-Maßnahmen ausgeglichen werden kann.

*bei Zielen keine
Lastenteilung*

Wahrscheinlich auf Druck Frankreichs wurde festgeschrieben, dass die gemeinsame Agrarpolitik „einen bedeutenden Beitrag zur der neuen Strategie“ leisten wird, was für die künftigen Verhandlungen zum EU-Budget ein aus ArbeitnehmerInnen-sicht gefährliches Präjudiz darstellt. Aus unserer Sicht muss die EU-2020-Agenda mit einer grundlegenden Reform des EU-Haushalts verknüpft werden, der nach wie agrarlastig ist. Vor allem für die ArbeitnehmerInnen muss es in der nächsten Finanzperiode (2014+) mehr Mittel geben. Positiv ist jedoch die Erwähnung der Kohäsionspolitik, die den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt fördern soll.

Besonders kritisch gilt es die Diskussion über die Wachstumshemmnisse/Engpässe („Bottlenecks“) auf nationaler und EU-Ebene zu verfolgen, die im Rahmen der neuen Strategie intensiviert werden soll. Hier scheint ein neuer Überbegriff aufgebaut zu werden, mit dem alle möglichen Strukturreformen gerechtfertigt werden sollen, die vom Europäischen Rat bereits vorsorglich als „entscheidend für einen starken und nachhaltigen Aufschwung und für die Zukunftsfähigkeit des europäischen Sozialmodells“ hervorgehoben werden. Bezeichnend ist, dass das größte Wachstumshemmnis in Europa – die Nachfrageschwäche – keine Erwähnung findet. In diesem Zusammenhang muss positiv erwähnt werden, dass die im Auftrag des Bundeskanzleramtes erstellte Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung zu den österreichischen Wachstumsengpässen auch nachfrageseitige Engpässe berücksichtigt und diese in der anhaltenden Schwäche der privaten Inlandsnachfrage, insbesondere der Investitionen und privaten Konsumausgaben ortet⁶. Die schwache Entwicklung der Masseneinkommen wird mit Recht als eine der Ursachen definiert.

Nachfrageschwäche findet keine Erwähnung

Gerade in der gesamteuropäischen Nachfrageschwäche liegt – wie zuvor schon in der alten Strategie – der wesentliche Mangel. Auch die EU-2020-Strategie schreibt keine grundsätzliche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in Richtung stärkere Betonung der Nachfrage fest. Dabei braucht Europa dringender denn je ein neues Wachstums- und Verteilungsmodell, um die endogenen Wachstumskräfte zu stärken. Denn wir sind Zeitzeugen eines Umbruchs in der Weltwirtschaft: Die USA werden als Weltkonsument („consumers of last resort“) nicht mehr dieselbe Rolle spielen können wie in der Vergangenheit. Europa – und das sagt der IWF – „kann sich nicht alleine auf Exporte verlassen, um die Gesundung der Wirtschaft

voranzutreiben. Eine Fortsetzung der Erholung ruht vor allem auf den Schultern der europäischen VerbraucherInnen sowie der Investitionen“. Das erfordert aus unserer Sicht eine dauerhafte Stärkung der Binnennachfrage durch die Rückkehr zu einer an der Produktivität orientierten Lohnpolitik und eine intelligente Interpretation des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP), der den budgetären Spielraum für Zukunftsinvestitionen erhöht. Natürlich verkennen wir nicht die Gefahr steigender Staatsschulden. Aber letztlich können es nur die ArbeitnehmerInnen sein, die Europa aus der Krise führen. Investitionen in den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind daher der wichtigste Ansatz zur Krisenbewältigung. Gleichzeitig müssen wir gerade jetzt den Sozialstaat stärken. Ein starker Sozialstaat bietet den Menschen Schutz, verhindert Panikreaktionen, stabilisiert die Nachfrage und belebt den Arbeitsmarkt z. B. durch Investitionen in die soziale Infrastruktur.

Rückkehr zu produktionsorientierter Lohnpolitik

Es wäre fatal, würden wir angesichts der prekären Situation der öffentlichen Haushalte das Europäische Sozialmodell, das wir alle mit Recht als eine der großen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte immer wieder hervorheben, gefährden. Im Gegenteil: Noch nie war die Zeit so reif für ein neues Verteilungsmodell zur Stärkung des Sozialstaats. In Österreich etwa kommen fast zwei Drittel der Steuern aus der Lohn- und der Umsatzsteuer, das Kapital ist viel zu niedrig besteuert. Das heißt, dass jene Mittel, die der Staat zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise einsetzt, zum Großteil aus dem Steueraufkommen der ArbeitnehmerInnen stammen. Eine gerechtere Lastenverteilung durch eine stärkere Besteuerung des Vermögens sollte daher in allen EU-Staaten zu einer Zielvorgabe werden. Das schafft neue Einnahmen für den Staat, die zur Stärkung des Sozialstaats herangezogen werden können.

Gleichzeitig gilt es, nicht nur die Finanzmärkte wieder der Realwirtschaft unterzuordnen, sondern diese auch an den Kosten der Krise durch Einführung einer Finanztransaktions- und Bankensteuer zu beteiligen. Laut einer WIFO-Studie⁷ würde sich bei einem moderaten Steuersatz von 0,01% ein europaweites jährliches Steuerpotenzial von ca. 90 Mrd € ergeben (basierend auf 2008er BIP). Berücksichtigt man dazu noch die Ausfälle durch Steuerbetrug in der EU von geschätzten 200 bis 250 Mrd € jährlich, zeigt sich das Potential an neuen Einnahmen, die wir in Europa dringend für Investitionen und für die Konsolidierung brauchen.

„ökologischer
Postkeynesia-
nismus“

Die EU-2020-Strategie muss auch darauf abzielen, in Europa die Wende hin zu einem ressourcen- und energieeffizienteren Wirtschafts- und Konsummodell einzuleiten. Hier gibt es einige positive Ansätze, wir sollten uns jedoch auf eine Art ökologischen Postkeynesianismus bzw einen „Green New Deal“ einigen, das heißt eine europaweit koordinierte öffentliche Investitionsoffensive zur Ökologisierung der Wirtschaft und Bewältigung des Klimawandels. Das wäre zudem ein intelligenter Beitrag zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Wir brauchen Maßnahmen zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz. Effizienzsteigerung muss zu einer tragenden Säule der europäischen Energiepolitik werden und ist gleichermaßen mit einer Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch verbunden. Wichtig sind in diesem Zusammenhang eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen in erneuerbare Energien, Klimaschutz (Fernwärmeausbau, Wärmedämmung, Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, Infrastruktur/Schiene etc.) und darauf ausgerichtete Forschung und Entwicklung (Öko-Innovationen). Das schafft Arbeitsplätze und hilft uns gleichzeitig, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern abzubauen.

Es ist in der Politik modern geworden, Programme für zehn Jahre zu entwerfen und das Zieldatum einfach zu verschieben, wenn die Erfolge ausbleiben. Es ist zu hoffen, dass aus dem Scheitern der Lissabon-Strategie doch noch die richtigen Schlüsse gezogen und entsprechende Adaptierungen an der neuen Strategie vorgenommen werden.

Anmerkungen

- 1 vgl. Markus, Marterbauer: „Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik“, Wien 2007 sowie „Zur Notwendigkeit einer Neuausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik“, in: WISO, Nr. 3/2001, S. 127-137.
- 2 Financial Times Deutschland, 23.2.2007
- 3 „Die Lissabon-Strategie nach 2010 – Positionspapier der österreichischen Sozialpartner“, Wien, April 2009, www.sozialpartner.at
- 4 KOM(2009)647, 24.11.2009
- 5 KOM(2010)2020, 3. März 2010
- 6 Stefan Ederer, Jürgen Janger: „Growth Bottlenecks – Engpässe für Wachstum und Beschäftigung in Österreich im Rahmen der Strategie ‚Europa 2020‘“, WIFO, Mai 2010
- 7 Stephan Schulmeister, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Oliver Picek: „A General Financial Transaction Tax. Motives, Revenues, Feasibility and Effects“, im Auftrag des Ökosozialen Forums Österreich, mit Unterstützung von BMF und BMWA, kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?typeid=8&display_mode=2&fid=23923&id=31819

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akoee.at
Internet: www.isw-linz.at